

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Kugelblatt Riessa.
Fernruf Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1390
Stroßstraße Riessa Nr. 52.

Nr. 65.

Freitag, 17. März 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riessaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 11.— Mark einschließlich Beleglohn. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 2,50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachzahlung- und Erfüllungsort: Riessa. Zeitungs-Unterstützungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riessa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riessa.

Stiftungszinsen.

Sie verzeihen die Zinsen der unter der Verwaltung des Rates der Stadt Riessa stehenden Stiftung des Herrn Wilhelm Knack in Höhe von 425 Mk. pro Jahr. Nach den Bestimmungen der Stiftungsurkunde sind die Zinsen einem fittlich guten, dabei bescheidenen und fleißigen Knaben, dessen Eltern nicht in der Lage sind, ihm aus eigenen Mitteln nach vollendeter Schulzeit eine weitere Ausbildung in einer Wissenschaft, einer Kunst oder einem Gewerbe geben zu lassen, zu gewähren. Gesuche sind unter Anfügung von Zeugnissen bis 10. April bei uns einzureichen. Der Rat der Stadt Riessa, am 15. März 1922.

Kirchliche Bekanntmachung.

Auf dem heiligen Friedhofe sollen die Gräber von Erwachsenen an dem Kankantenwege inmitten des Friedhofes neu belegt werden. Diejenigen, die Ansprüche auf die Grabsteine erben oder ein Grab erhalten wissen wollen, werden hiermit aufgefordert, das bis zum 15. April 1922 dem unterzeichneten Kirchenvorstande mitzuteilen. Näheres Friedhofsordnung wird verwiesen. Riessa, am 17. März 1922.

Der Kirchenvorstand, Friedrich.
7 Uhr im Gasthof Walthers. Tagesordnung hängt aus.
Weida bei Riessa, am 16. März 1922.
Der Gemeindevorstand.

Derliches und Sächsisches.

Riessa, den 17. März 1922.
— Willkommen in Riessa. Der Bau Sachsen im Deutschen Handelsvereinsverband hat morgen hier seinen 20. ordentlichen Gauung ab. Dieser Tagung folgt am Sonntag der 14. sächsische Handlungsgehilfenstag. Am Sonnabend abend wird im Hotel Höpner ein abendlicher reich ausgestatteter Begrüßungsabend abgehalten. Es werden zu der Tagung 600 bis 700 Vertreter aus etwa 200 sächsischen Orten in unserer Stadt anwesend sein. In langen und ersten Beratungen finden sie sich hier zusammen, geleitet von der Sorge um das gesamte deutsche Vaterland und um die wirtschaftliche Lage des Einzelnen und des ganzen Berufsstandes. Die Einwohnerschaft Riessas entbietet ihnen einen herzlichen Willkommen. Unsere Elbe- und Handelsstadt hat ihnen die Tore gern geöffnet und bietet sich in ihrer Gastlichkeit freundlich dar. Mögen sie nach ernster Arbeit in den Stunden der Erholung und Zerstreuung alles das freundlich aufnehmen, was ihnen die heilige treuebrüderliche Kollegenschaft und die Stadt selbst an Annehmlichkeiten erschlecken. Unsere Gäste dürfen gerade in Riessa der Sympathie weite Kreise sicher sein. Nicht nur, daß Handel und Wandel, Industrie und Verkehr im Wirtschaftsleben unserer Stadt vorwiegend sind, es haben auch die Beziehungen des Deutschen Handelsvereinsverbandes bereits seit über einem Vierteljahrhundert in den Kreisen der heiligen Handelsgehilfen Nutzen geschlagen. So möge die Tagung einen Verlauf nehmen, der vom reichem Erfolg für den Verband begleitet ist und die Teilnehmer gern an die hier verlebten Stunden zurückdenken läßt. In diesem Sinne sei den auswärtigen Gästen nochmals der aufrichtige Willkommengruß der Riessaer Einwohnerschaft dargebracht.

Die Ortsgruppe Riessa des Deutschen Handelsvereinsverbandes schreibt uns: Die Riessaer Einwohnerschaft hat unseren wiederholt geduldeten Brüdern wegen Überlastung einer entsprechenden Zahl von Privatquartieren bereitwilligst entsprochen, sodas Aussicht besteht, die auswärtigen Teilnehmer des Gauunges und des sächsischen Handlungsgehilfenstages reiblos unterzubringen. Die Stadt Riessa hat mit sich auch dieses Mal wieder ihren alten Ruf der Gastfreundschaft glänzend bewährt und wir zweifeln nicht, daß unsere Gäste das bewiesene Entgegenkommen dankbar anerkennen werden, wie dies auch von unserer Seite geschieht. Um Riessa nun auch schon nach außen hin als Tagungsort kenntlich zu machen und den schon von Sonnabend vormittag ab eintreffenden Teilnehmern ein möglichst freundliches Stadtbild zu zeigen, würde es dankbar begrüßt werden, wenn für Sonnabend und Sonntag eine allgemeine Versammlung der Häuser vorgenommen werden würde. Wir zweifeln nicht, daß unserer Bitte auch nach dieser Richtung hin allgemein entsprochen werden wird.

— Ueberreichung von Anerkennungsdiplomen. Heute wurden den Herren Emil Leuschner in Riessa, Wismarstraße 19 und Hermann Rufe in Reichenbach Nr. 19, die beide über 30 Jahre bei der Firma C. E. Brandt, Riessa, tätig waren, Anerkennungsdiplome der Handelskammer überreicht.

— Diebstähle. Am 9. März, nachmittags zwischen 5 und 7 Uhr ist im Gausperrhaus, hier, Woppliger Str. 49, ein neuer grauer Frackstreicher im Werte von 70 Mark gestohlen worden. Ferner ist im Januar oder Februar d. J. aus den Schreibräumen an der heiligen Markstraße ein 40 Zentimeter langes Stück Bleirohr und ein Messingrohr im Werte von 150 Mark gestohlen worden. Bei sachdienlichen Wahrnehmungen wolle man die heilige Polizei benachrichtigen.

— Neue Personenzüge. Ab 20. März 1922 verkehren an Werktagen folgende neue Personenzüge mit 3. und 4. Wagenklasse zwischen Riessa und Döbeln: Zug 3437 ab Döbeln 12,57 Uhr, an Riessa 1,45 Uhr, Zug 3440 ab Riessa 2,20 Uhr, an Döbeln 3,10 Uhr. Die Züge erscheinen nicht im Ausbaugebiet. Sie halten auf allen Unterwegstationen. Reisegepäck und Gepäck werden nicht befördert.

— Die Fabregisten. Oratorium für Soli, Chöre und Orchester von Joseph Cappo, werden am Donnerstag, den 30. März 1922, im „Stern“-Saale durch den heiligen Chorverein unter Mitwirkung hervorragender Solisten (Rote Mäder-Weigle, Erik Wildhagen, Staatsoper Dresden, Horst Krause-Riessa) und von Mitgliedern der Kapelle der Staatsoper zu Dresden zur Aufführung gebracht. Diese etwa 8 Stunden dauernde Aufführung des an Schönheit unermesslich reichen Werkes wird unter den 44 Einzelnummern 18 große Chöre und eine Reihe von Rezitationen und Arien für Solostimmen, Duette und Terzette bringen. Die außerordentlich hohen Kosten bedingen natürlich hohe Eintrittspreise, trotzdem ist durch Stellung der heiligen Konzertabende großen Stills möglich ist. Näheres im Anzeigenteil und in den Plakaten.

— Auf dem heiligen Friedhofe sollen Gräber von Erwachsenen am Kankantenwege inmitten des Friedhofes neu belegt werden. Es sei hiermit auf die Bekanntmachung des Kirchenvorstandes in nachstehendem Anzeigenteil verwiesen.

— Forschungsinstitut für Pflanzenbau und Pflanzenbiologie. Das Hilfswort der deutschen Landwirtschaft läßt darauf hinaus, mit allen Mitteln eine Produktionssteigerung zu ermöglichen. Die Landwirtschaftsministerien sollen zu diesem Zwecke mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden, jeder staatliche Zwang dagegen soll ausgeschaltet bleiben. Neben schnell wirkenden Mitteln, die sofort zur Anwendung kommen, wie intensive Bodenbearbeitung, planmäßige Bodenverbesserung usw., werden für dauernden Erfolg als unerlässlich ein durchgreifender Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens und wirksame Anleitung und Aufklärung betrachtet; es müssen neue Wege der experimentellen Forschung beschritten werden. Für das Gebiet der Tierzucht und Züchtung ist 1922 ein Forschungsinstitut für Tierzucht und Züchtung als Mittel des sächsischen Viehhändlersverbandes auf der Domäne Tschernitz bei Breslau errichtet. Es ist dringend notwendig, für das Gebiet des Pflanzenbaus ähnliche Forschungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Industrie hat bisher 25 Forschungsanstalten für ihre Gebiete aus eigenen Mitteln ins Leben gerufen und nunmehr auch deren Unterhalt übernommen, da der Staat dazu nicht mehr im Stande ist. Die Landwirtschaft hat im Gegenzug dazu noch zu wenig getan. Hier ist Gelegenheit gegeben, bestehende Einrichtungen und die für den Aufbau der Forschungsanstalten nötigen Mittel aus freiwilligen Spenden zur Verfügung zu stellen.

— Besichtigung höherer Schulen durch Landtagsmitglieder. Am nächsten Montag werden Landtagsmitglieder eine Fahrt nach Chemnitz, dem Vogtland und dem Erzgebirge zur Besichtigung der höheren Schulen unternehmen.

— Heimstättenfibelung Grimmitzschau. Entsprechend der Verschlechterung unserer Vermögensverhältnisse steigen die Baukosten unaußersächlich. Gegenwärtig betragen sie schon mehr als das 25fache der Friedensbaukosten. Unter diesen Umständen kann auch die Bereitstellung öffentlicher Mittel nur in verhältnismäßig geringem Umfang der drückenden Wohnungsnot abhelfen. Erfolgreich ist es daher, wenn besondere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um dadurch die öffentlichen Baukostenzuschüsse zu fördern. Eine ganze Reihe von Bauvorhaben in Sachsen konnte im vorigen Jahre nur auf diese Weise ermöglicht werden, und im steigenden Maße ergibt sich die Notwendigkeit, diesen Weg weiter zu beschreiten. In besonders großem Umfang hat sich die Arbeiterbewegung von Industrie, Handel und Gewerbe der Stadt Grimmitzschau der Wohnungsnot angenommen. Sie hat im Jahre 1921 den Betrag von 2 Millionen Mark für den Bau von Heimstätten unter der Voraussetzung zur Verfügung gestellt, daß Stadt und Staat den gleichen Betrag bereitstellen. Auf diese Weise konnte eine Industriefielung von 80 Häusern mit 84 Wohnungen vorbereitet und davon 30 Häuser in Angriff genommen werden. Sie werden jetzt in der Form der Reichsheimstätten ausgegeben. Die Durchführung der Fielung ist der Landes-Siedlungsgesellschaft „Sächsisches Heim“ übertragen worden. Dieses Vorgehen in Grimmitzschau ist umso erfreulicher, als sich lange Zeit hindurch unerfüllte Wünsche zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die zu ergreifenden Maßnahmen für den Wohnungsbau abgeklärt haben und sich hier beide Teile unter Einwirkung der Stadt zu gemeinsamer Arbeit in einer Körperschaft zusammengefunden haben. Der gemeinsame Wille und die gemeinsame Arbeit werden auch die entgegenstehenden Schwierigkeiten überwinden.

— Schülermonatskarten für Wandwerkslehrlinge. Die Gewerkschaft weist darauf hin, daß vom April ab, ja ab auch Handwerkslehrlinge für die Eisenbahnfahrt zwischen Wohnort und Ort der Lehrstätte die sogenannte Schülermonatskarte benutzen dürfen. Aus dem an den Fahrkartenschaltern erhältlichen Vordruck zum Antrag auf Ausstellung einer Schülermonatskarte hat der Lehrmeister zu besorgen, wie mit der Behörde ist, welches Handwerk er erlernt, und daß ein schriftlicher, den gesetzlichen Erfordernissen entsprechender Lehrvertrag auf eine bestimmte angegebene Zeit geschlossen ist. Der Antrag und der Lehrvertrag sind sodann der Gewerkschaft zur Besichtigung vorzulegen. Bei Ueberzeugung mit der Post ist das Rückporto beizufügen.

— Minister Fellsch und die Internationale. In einer Wahlversammlung in Hauen sagte Wirtschaftsminister Fellsch in einer Rede nach der dortigen „Vollstimme“ u. a. folgendes: Deute legen die Dinge so, daß in Frankreich nur 50000 organisierte Sozialisten vorhanden sind und diese haben auf die französische Politik so gut wie keinen Einfluß. Die englische Arbeiterbewegung dagegen ist stark und geschlossen. Keine Regierung kann gegen sie regieren und sie führt die stärksten Klassenkämpfe; aber es fehlt ihr der internationale Geist. Des amerikanischen Arbeiter war gleichfalls nicht zu gedenken, denn es ging ihm bis in die letzte Zeit wirtschaftlich so gut, daß es keine Notwendigkeit war, daß ein Arbeiter sein eigenes Auto hätte. In den Siegerländern verführt man nicht von Weltrevolution und er habe die Ueberzeugung, hätte Deutschland gesiegt, dann hätte es auch bei uns eine Revolution gegeben. Die Arbeiterbewegung hat sich

an ihrer Wahlleiter selbst schuld. Nicht die Demokratie ist daran schuld, sondern ihre falsche Anwendung. Was durch ein geschlossenes Vorgehen erreicht werden kann, zeigt die Wahl in Bückeburg, wo man die ganze Stimmkraft allein gegen die Bürgerlichen angewendet habe. Solche Vorfälle seien für das Bürgerium öfters notwendig, dann werde es auch Respekt vor den Wahlen und der Demokratie bekommen. Auch beim Bürgerium herrschen Interessengegensätze; aber sie tragen diese nicht öffentlich vor. Schau. In 37 Wahlversammlungen sei ihm nur ein einziger bürgerlicher Redner gegenübergetreten. In den übrigen aber stets ein Redner einer anderen sozialistischen Partei. In Sachsen habe sich eine bedeutende Annäherung zwischen E. P. D. und U. S. P. D. vollzogen. Ja, er könne sagen, daß die Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialisten nicht größer seien als vor zwei Jahren mit der U. S. P. D. Auch in der Presse sei der Kampf besser geworden, nur das Bauern Organ der U. S. P. D. macht hier und dort oftmals eine unheimliche Ausnahme.

— Glaublich. Gestern abend fanden im Volkshaus Gasthof in Sageritz zwei Kinovorstellungen des deutschen Filmdienstes in Dresden statt. Zunächst wurden den Kindern verschiedene Städtebilder aus Rotenburg und Hannover gezeigt, dann lernten sie die Verfassung des Reiches (Fob. Faber), der Eisenbahnradler und des Bleches (Krupp-Gesellschaft) kennen. Ferner entstanden liebliche Puppen vor ihren Augen. Auch die Vienen bei ihrer Arbeit erschienen im Bild. Schließlich wurde ein herrlicher Märchenfilm gezeigt. Belebendes und Belustigendes wurde durch die Vorführungen geboten. Um 8 Uhr wurde „Glaube und Heimat“ nach dem bekannten Drama in 5 Akten von Karl Schönherr aufgeführt. Herrliche und ergreifende Bilder zogen an uns vorüber. Film und Vorführung waren glänzend. Der Besuch der Vorführungen, die in Rindrich und Röderau, am Sonntag und Montag auch in Riessa wiederholt werden, kann bestens empfohlen werden.

Dresden. Eine Millionenerbschaft ist nach einer Meldung des „Glückauf“ einem Einwohner von Westermünde in der Siemenschen Glasfabrik beidachtilig ist, zugefallen. Ein Onkel von ihm hat es in Amerika zu Reichtum gebracht, ist nun gestorben und hat seinen Geschwisterkindern in Deutschland 3 Millionen hinterlassen, in die sich der Westermünder mit seinen beiden in Schlesien lebenden Geschwister zu teilen hat. Eintweilen haben die lebenden Erben von dem amerikanischen Reichtum einen Vorhub von 10 v. H. erhalten.

— Limbach. Auf dem Wochenmarkte nahm die Polizei eine unvermutete Revision bei den Butterhändlern vor. Dabei wurden bei drei Händlern 20 Stück Butter festgehalten, die beim Nachwiegen bis zu 20 Gramm Mindergewicht hatten. Ein Teil der Butter wurde beschlagnahmt, der andere Teil gestrichelt zurückgegeben. Die Betroffenen sehen ihrer Verurteilung entgegen.

— Chemnitz. Der Rat beschloß, den Stadtverordneten eine neue Steuervorlage zu unterbreiten. Es soll von allen Arbeitgebern, mit Ausnahme des Reiches, des Staates und der Gemeinde, eine soziale Abgabe erhoben werden, die 1 Prozent aller gezahlten Gehälter und Löhne betraagt und gleichzeitig mit dem 10prozentigen Lohnabzug an die Steuer-Einnahme abgeführt werden soll. Die Arbeitnehmer sollen von dieser Steuer nicht betroffen werden. Die Abwälzung der Steuer soll durch eine besondere Verbotsvorschrift verhindert werden. Der Rat hofft, mit Hilfe dieser Steuer den Haushalt balancieren zu können.

— Bückeburg. In der vorgestrigen Sitzung des neu gewählten Stadtverordnetenkollegiums wurde, unter Nichtberücksichtigung der Wünsche der bürgerlichen Minderheit, die den ersten Vizevorsitzenden gemäß der Fraktionsstärke für sich in Anspruch nahmen, von der sozialistischen kommunistischen Mehrheit ein rein sozialistischer Vorstand gewählt, nämlich Gewerkschaftssekretär Robert Müller (Soz.) Häder Jöhr (Unabh.) und Lagerhalter Wehem (Soz.).

— Johanngeorgenstadt. Hier sind nachts ein Tischlermeister und ein Galvaniseur aus Karlsbad aus dem Gefängnis ausgebrochen, in dem sie sich als Untersuchungsgefangene wegen verbotswidriger Ausfuhr großer Warenmengen aus dem deutschen Reich befanden. Sie hatten eine Decke der Gefängniswände durchbrochen und kletterten nach der Tischlerwerkstatt entkommen sein.

Neue Erhöhung der Gütertarife ab 1. April.

Der Reichsverkehrsminister hat gestern den Regierungen der Länder und den Mitgliedern des Vorläufigen Reichslandtagsrat mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die neuen Erhöhungen der Ausgaben der Reichsbahn am 1. April d. J. eine Tarifserhöhung nötig sei. Die sächsischen Reichsbahnen, die der Reichsbahn durch die starke Steigerung der Kohlenpreise und damit aller Materialpreise erwachsen, sind für das Rechnungsjahr 1922 auf mindestens 14,5 Milliarden zu veranschlagen. Die zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Eigentümerorganisationen der Beamten und Arbeiter vereinbarten Gehalts- und Lohnserhöhungen werden eine gewisse Entlastung sein.

persönlichen Kosten der Reichsbahn um 85 Millionen werden können, sodas eine Gesamtvermehrung der Reichsbahn für den kommenden Haushalt von 28 Milliarden eintritt. Damit steigen die Ausgaben des ordentlichen Haushalts für 1923 von 72,5 Milliarden auf rund 97 Milliarden Markt oder um rund 31 Prozent.

Bei der Ausdehnung dieses Höchstbetrages sollen die Personen- und Gepäcktarife gesenkt werden. Deshalb ist es erforderlich, die Güter- und Eiar-tarife entsprechend stärker heranzusetzen. Die seit dem 1. März geltenden Güter- und Eiar-tarife sollen vom 1. April d. J. ab

um rund 40 Prozent erhöht werden. Da wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit die Form des allgemeinen Zuschlags gewählt werden muß, wird die neue Höchstberechnung in der Weise vorgenommen werden, daß die Gütertarife vom 1. Februar 1922 entsprechend erhöht werden. Die Erhöhung der Frachten für Eilgut hat auch eine entsprechende Steigerung der Eilgüterfrachten zur Folge; jedoch wird von einer Erhöhung der Mindestfrachten für Eilgüter abgesehen.

Die organische Einarbeitung der Zuschläge in das Tarifsystem der Reichsbahn ist zum 1. Juli d. J. an-gedient; dem Beträgen der Reichsbahn, die zu der Tarifserhöhung vom 1. April wegen der Kürze der Zeit nicht geübt werden können, wird die Vorlage über die Ein-gliederung der Erhöhungen in das Reichsbahn-Tarifsystem Mitte Mai vorgelegt werden.

Eine Erhöhung der Personentaxen ist nicht in Aussicht genommen. Jedoch ist es mit Rücksicht auf die Finanzlage der Reichsbahn nicht möglich, an den für Berlin und Hamburg geltenden besonders niedrigen Stadt- und Vororttarifen festzuhalten. Es ist daher eine Erhöhung der Vorkarten für den Stadt- und Vorortverkehr geplant, deren Tarife weit hinter den Zeitkartenpreisen für den sonstigen Reichsbahnverkehr zurückbleiben.

Sächsischer Landtag.

Wsl. Dresden, 15. März.

Beginn der Sitzung 11 Uhr. Aus Anlaß der 100. Voll-zugung des Landtages ist der Präsidentenplatz mit einem Gollunderkranz geschmückt. Präsident Präßdorf teilt mit, daß infolge der Erkrankung des Arbeitsministers die Beratung mehrerer Etatkapitel, die das Arbeitsministerium betreffen, von der Tagesordnung abgesetzt werden müßten. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung der Bericht der Untersuchungskommission zur Untersuchung der Vorkommnisse in der Landes-Blinden-Anstalt Chemnitz-Altenhof. Die Angelegenheit ist nach dem Bericht des Ausschusses nunmehr als erledigt zu betrachten. Das Haus erklärt sich damit einverstanden. Der Gesetzentwurf über die Strafbefugnis der Bürger-meister mittlerer und kleinerer Städte sowie der Gemeindevorstände wird ohne Aussprache in 1. und 2. Beratung einstimmig angenommen.

Es folgt die 2. Beratung der Regierungsvorlage wegen Gewährung von Wirtschaftsbefreiungen an Beamte.

Verbunden wird hiermit die deutschnationale Anfrage betr. die Ruhestandsbezüge der Pensionäre. Abg. Dehne (Dem.) erhebt den Bericht für den Haushalts-ausschuß A. Er nennt die Vorlage schematisch und unüber-sichtlich. Im Ausschuß sei sogar der Ausdruck „Bankrott-wirtschaft“ gefallen. Am schlimmsten seien die Ruhestandler daran, die überhaupt nicht wüßten, was sie vom Staate zu fordern hätten. Außerdem würden die Erhöhungen nicht zu spät ausgezahlt und durch die allgemeine Teuerung bereits überholt. Die wirtschaftliche Lage der Ruhestandler biete ein trauriges Bild der allgemeinen wirtschaftlichen Ver-worrenheit und Notlage. Finanzminister Helldt gibt einen Ueberblick über die organischen Veränderungen in den Bezügen der Beamten und Pensionäre. Bei der Berechnung der Bezüge hätten sich bereits fünfmalige Änderungen nötig gemacht. Trotzdem würden noch weitere Änderungen erforderlich, insbesondere bei den Eisenbahnbeamten, die das Reich übernommen habe. In der Debatte wird namentlich darauf hingewiesen, daß das Reich bei den Befolgungs-vorlagen überrett handeln mußte, weil die Gewerkschaften ihm schließlich das Messer an die Kehle gesetzt hätten. Der Haushaltsausschuß A beantragt: Die Ministerien des Innern und der Finanzen werden ermächtigt, an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen den Beamten, Lehrern usw., soweit ihr Grundgehalt den Betrag von 45000 Mark nicht übersteigt, neben ihren geregelten Dienstbezügen vom 1. Januar an bis auf weiteres wider-rufliche laufende Wirtschaftsbefreiungen zu gewähren, soweit dies reichsgesetzlich angingig ist. Ferner wird die Regierung er-lucht, dem System der Wirtschaftsbefreiungen wegen seiner offensichtlichen Ungerechtigkeit nach wie vor zu widersprechen und dafür einzutreten, daß die Beamten auf anderem Wege in ihren Bezügen ausbessert würden.

Ein deutschnationaler Minderheits-antrag geht dahin, in obigem Beschluß die Worte „soweit ihr Grundgehalt den Betrag von 45000 Mark nicht übersteigt“ zu streichen.

Ferner ist ein kommunistischer Antrag ein-gegangen, wonach nicht der Betrag von 45000 Mark die Grenze bilden soll, sondern die Erreichung der D. Gehalts-kasse.

Bei der Abstimmung wurde der bürgerliche An-trag auf Streichung der Worte „soweit ihr Grund-gehalt den Betrag von 45000 Mark nicht übersteigt“ mit 45 gegen 42 Stimmen angenommen, worauf mit dieser Änderung der Ausschußantrag unter 1 und 2 zur Annahme gelangte. Der kommunistische Antrag hatte sich dadurch erledigt. Es können also die Wirtschaftsbefreiungen an die Beamten nunmehr zur Auszahlung gelangen, dagegen bleiben die Pensionäre vorläufig unberücksichtigt.

Es folgte die Beratung einer Anzahl Kapitel aus dem Rechnungsbuch und dem Haushaltsplan, darunter der Braunkohlenwerke. Abg. Blüher (D. Sp.) äußert hier-zu, daß nicht weniger als insgesamt 419 Millionen Mark Kapital angefordert werden. Eine Verzinsung dieser Summen zu ermöglichen, würde die Kohlenpreise ins Unendliche erhöhen. Er müsse für seine Person gegen solche Summen und Kohlenpreise protestieren. Das wäre vielleicht bei Privatunternehmern zu verstehen, bei Staats-unternehmern aber nicht. Finanzminister Helldt wider-spricht dem Abg. Blüher wegen der Befürchtung einer Ueberkapitalisierung. Man habe es in England mit dem größten Braunkohlenwerke der Welt zu tun. Bei der Ab-stimmung über Kapitel 10, Titel 10 und Tit. 4 wird der Ausschußantrag angenommen, wogegen zwei Minderheits-anträge betr. die Gewährung eines Ausgleichsausschusses (Wirtschaftsbefreiung) für die Belegschaft Wöhlen des Selpsa abgelehnt werden.

Weiter werden Rechnungsbuch und Etat über das Gesamtministerium und die Staatskanzlei nach der Vorlage genehmigt. Abg. Grube (Rom.) verlangt hier-zu, daß die Minister einer sozialistischen Regierung die Dienstausgaben aus Prinzip von selbst streichen sol-len. Unter dem weiteren Etat- und Rechnungsbuchkapitel be-fand sich auch Kapitel 61 Landesherbezugs, das — wie die übrigen — ebenfalls glatte Erledigung fand.

Die Anfrage wegen Aussagen auf öffent-lichen Straßen und Plätzen wird vom Innen-minister dahin beantwortet, daß Versammlungen zwar ohne weiteres genehmigt seien, die Aufzüge aber der Geneh-migung bedürften. Die Entscheidung beruht auf einer Ein-zelentscheidung. Das heißt, daß

Chemnitzer Volkshilfsdirektor erhobenem Vorwurf, er habe bei einem Umzugsverbot gegen die Reichsbahn verstoßen, sei falls, wie Abg. Dr. H. H. (D. Sp.) ausführlich ausführte. Das Reichsgesetz über öffentliche Aufzüge bestehe noch fort.

Schließlich wird der Antrag Rammelsberg und Gen. (Dnt.) über Bekämpfung der Konsumgefährdung ab-gelehnt, ebenso auch die Regierungsvorlage über denselben Gegenstand.

Nächste Sitzung Montag, 20. März, vorm. 11 Uhr.



Eine Verordnung der sächsischen Regierung gegen das Pfluchertum.

Im sächsischen Wirtschaftsministerium fand eine Be-ratung der beteiligten Handwerks- und Gewerbetriebe-Leitenden für den Kampf gegen das Pfluchertum statt. — Wirtschaftsminister Hellstich wies in seinen Aus-führungen darauf hin, daß die sächsische Regierung in dem von ihr erlassenen Gutachten zum Arbeitsgesetz den An-trag gestellt habe, daß auch die Arbeitnehmer, so weit sie durch Pflucharbeit den Arbeitsunden-tag überschreiten, ebenso wie die Arbeit-geber bestraft werden sollen. Das Wirtschafts-ministerium habe sich hauptsächlich wegen des Handwerks und der Arbeiterschaft intensiv mit den ganzen Fragen des Pfluchertums beschäftigt und müsse anerkennen, daß diese Art Scheinhandel mit Arbeitskraft einen ganzen Ge-werbestand vor die größte Gefahr stellt, nicht allein wegen des Ausfalles an Arbeitskräften, sondern besonders wegen der unheimlichen Folgen auf die Preisberechnungsgrundlagen. Die Frage könne nur gemeinert werden, wenn enge Solidarität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer be-stehe und auch mit größter Rücksichtslosigkeit gegen das Pfluchertum vorgegangen werde. Auf Grund dieser im Wirtschaftsministerium gepflogenen Verhandlungen, an welchen Vertreter des Handwerks, Handels, Gewerbes und der Industrie teilnahmen, hat nun die sächsische Regierung an sämtliche Kreisoberämter, Amtshauptmann-schaften und Stadträte die nachstehende dringliche Ver-ordnung erlassen:

Die schwereren wirtschaftlichen und sozialen Nachteile der sogenannten Pflucharbeit, d. h. der Uebernahme von Nebenarbeit durch vollbeschäftigte Arbeitnehmer und Beamte auf eigene Rechnung oder für Dritte, wurde bei einer Besprechung im sächsischen Wirtschaftsministerium mit Vertretern der Gewerkschaften, sowie von Handel, Hand-werk und Industrie allgemein anerkannt. Durch sie werden nicht nur zahlreich selbständige Kleinwerbetreibende und sogar ganze Gewerbezweige, z. B. des Artzeugs, Schmiedes, Malers, Tapezierers, Sattlers, Tischlers, Klempner-, Uhrmachers, Schneiderhandwerk und auf dem Lande das Baumgewerbe, in ihrer Existenz bedroht, sondern auch die Arbeiterschaft selbst schwer geschädigt; denn die Pflucharbeit durchdringt den Arbeitsunden-tag, schränkt die Arbeitsmöglich-keiten für Gewerbetriebe ein — was bei dem gegenwärtigen Konjunkturrückgang besonders unerwünscht ist —, und wirkt löhndend, da die niedrigeren Preise, die der nicht allein auf den Verdienst aus dieser Nebenarbeit angewiesene Pflucher — häufig durch Unterbietung der Tariflöhne, zu-wellen auch auf Grund der Benutzung unentgeltlichen Mate-rials und der Unterziehung von Steuern und Versicherungsbeiträgen — berechnen kann, naturgemäß die Preis-bildung für den ganzen Gewerbezweig leitet. Die sächsische Regierung hat daher beantragt, in dem zu erwartenden Arbeitsgesetz über die Arbeitstätigkeit Nebenarbeit über die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hinaus nicht nur auf selten des Auftraggebers, sondern auch auf selten des Arbeitenden selbst unter Strafe zu stellen. Auch wenn die Reichsgesetzgebung diesen Antrag berücksichtigt, wird eine wirksame Bekämpfung der Pflucharbeit jedoch der Selbsthilfe durch Gewerkschaftsarbeit der betroffenen Gewerbetriebe mit den Organisationen der Arbeitnehmer nicht entbehren können. Auf diesem Wege haben schon bisher an vielen Orten die in den Verordnungen des sächsischen Arbeitsministeriums vom 20. Februar 1920 und des Wirtschaftsministeriums vom 22. März 1921 angeregten partikulären Ueberwachungs-ausschüsse Erfolge erzielt, indem sie durch die ihnen angehö-rigen Gewerkschaften oder durch die Betriebsräte auf die Ar-beiterschaft im allgemeinen und die einzelnen Nebenarbeit-erreichenden Arbeiter einzuwirken suchten, solche Arbeiter nötigenfalls dem Hauptarbeitgeber zur Entlassung wegen ihrer Entlassung namhaft machten, oder, wenn Beamte in Frage kamen, sich an die zuständige Behörde wendeten, weiter indem sie die als Auftraggeber in Frage kommenden Kreise über die Nachteile der Pflucharbeit aufzuklären suchten und schließlich in einigen Fällen, indem mit dem Materialhandel vereinbart wurde, Materialien nur an selbständige Gewerbetreibende, aber nicht an sogenannte Pflucher zu liefern.

Bei der erwähnten Besprechung im sächsischen Wirt-schaftsministerium erklärten sich die betreffenden Gewer-kschaften bereit, bei der Bekämpfung der Pfluch-arbeit im ganzen Lande mitzuwirken. Es ist

auch an solchen Orten bilden werden, wo dies bisher noch nicht der Fall war, und daß überall mit besonderem Nach-druck auf eine Eindämmung der Pflucharbeit hingewirkt werden wird. Bei der darzulegenden Bedeutung der Angelegenheit für die Allgemeinheit wird den Amtshaupt-mannschaften und Stadträten dringend empfohlen, auch ihrerseits die Bildung von Ueberwachungs-ausschüssen nach Möglichkeit zu fördern und nötigenfalls selbst auszu-richten, sowie die Gewerkschaftsarbeit der Organisationen des selbständigen Gewerbes mit denen die Arbeitnehmer in diesen Ausschüssen tunlichst zu unterstützen. Die Verordnungen des Arbeitsministeriums vom 20. Februar 1920 und des Wirt-schaftsministeriums vom 22. März 1921 werden daher er-mant in Erinnerung gebracht.

Aus der vorstehend wiedergegebenen Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums geht hervor, daß zwar die sächsische Regierung die Notwendigkeit einer stärkeren Bekämpfung des Pfluchertums anerkennt, daß sie aber von Zwangsmaßnahmen gegen die sogenannten Pflucharbeiter Abstand nimmt. Um aber das Pfluchertum wirksam zu bekämpfen zu können, sollten zumindest die Ueberwachungs-ausschüsse mit behördlichem Charakter und nach Möglichkeit mit einer gewissen Strafbarkeit ausgestattet werden, andern-falls können die Ueberwachungs-ausschüsse eine praktische erfolgreiche Arbeit in der Bekämpfung des Pfluchertums nicht leisten. Unbedingt müßte auch ein Verbot der neben-gewerblichen Tätigkeit im Arbeitsgesetz aufgenommen werden.

Bermischtes.

Revolte eines Strafgefangenen-transportes. In einem 35 Köpfe zählenden Strafgefangenen-transport von Götting nach Berlin kam es im Eisenbahnzuge zwischen Frankfurt und Nürnberg zu einer Revolte. Der von den Sträflingen ernannte Transportbegleiter gab in der Notwehr mehrere Schüsse ab, wodurch drei Sträflinge verletzt wurden. Mit Hilfe der anderen Transportbegleiter wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Gandeskürze in Halle. In der Kleinen Markt-straße in Halle ist die Giebelwand eines Wohn- und Ge-schäftshauses eingestürzt. Die Bewohner der Straße, die in einer belebten Gegend liegt, klagten seit langem über die Gefährdung der hohen Häuser durch die den Tag über durchfahrenden Selbstautomobile. Im Augenblick des Ein-falles fuhr gerade ein Lastautomobil durch die Straße. Eine vorübergehende Frau wurde schwer verletzt. Es ist dies der vierte Gandeskürze in Halle in dem letzten vier Tagen.

Für 18 Millionen Mark Schmuckstücke ge-kauft. Eine Riefenderunternehmung, die in Barcelona ver-übt worden ist, beschäftigt auch die Berliner Kriminalpolizei. Vor vier Wochen unterrichtete ein Reisender Hugo de Parentis einem spanischen Juwelier in Barcelona eine große Anzahl Brillanten und Schmuckstücke, die einen Gesamtwert von 18 Millionen Mark haben. Man ver-mutet, daß der Pflucherte verurteilt wird, in europäischen Großstädten seine Beute zu machen und daß er zu diesem Zweck auch nach Berlin kommen wird, oder sich vielleicht schon dort aufhält. Für die Wiedererlangung sind 10 Prozent des Wertes, also insgesamt 1.800.000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Die Abenteuer des begabten Ballgastes. Der neue Beruf des begabten Ballgastes, der sich besonders in London und an der Riviera ausgebildet hat, hat seine eigenen Abenteuer, Reize und Gefahren. Ein solcher beruf-mäßiger Tanzpartner, der sich gegen ein Entgelt einer Dame für einen Ballabend zur Verfügung stellt, befindet sich nicht immer in einer ganz leichten Lage und hat mancherlei Uebertragungen zu gewärtigen. Das zeigen die Erlebnisse eines solchen begabten Ballgastes, die er in einem Londoner Blatt veröffentlicht. „Ich wandte mich an einen Agenten“, erzählt er, „bei der ich erfuhr, daß eine überraschend große Nachfrage nach jungen, elegant gekleideten, gebildeten Männern ist, die vorzüglich tanzen. Bald war ich zwei bis dreimal allwöchentlich als Tänzer junger Damen engagiert, die einen Tanzabend nicht als Brauerblumen verbringen wollten: Bei einer Gelegenheit wurde ich der Partner eines entzückenden jungen Mädchens in einem der bekanntesten Londoner Tanzclubs. Die Verabredungen waren von dritter Seite ziemlich geheimnisvoll getroffen worden, und als ich mich mit der Dame traf, war sie von einer schweigenen, aber scharf aufpassenden Anstands-dame begleitet. Sie schien von Londoner Leben und von Londoner Gesellschaften nichts zu wissen; aber wir amüsierten uns vorzüglich. Erst viel später erfuhr ich aus der Photographie einer hohen Kritik-kratin, deren Verlobung mitgeteilt wurde, daß ich damals mit der Tochter eines unserer ersten Lords getanzt hatte, deren Vater ein sonderlingshaftes, zurückgezogenes Leben führt. Kein Wunder, daß die Anstands-dame so scharf auf-passte! Ein weniger angenehmes Erlebnis hatte ich mit der Frau eines Amerikaners, die augenscheinlich zu den neuen Reichen gehörte. In meinem großen Erstaunen mußte ich sie zu einem Tanzfest begleiten, das in dem Hause einer der exklusivsten Londoner Gesellschaftsdamen stattfand. Alles ging gut, bis wir um Mitternacht in ein besonderes Zimmer gebeten und gekniet wurden, von wem wir nicht wußten worden seien. Meine Erklärung war einfach; meine Dame aber wurde auf einer sehr höflichen Fällung ertrappt, durch die sie sich die Einlassungskarten selbst hergestellt hatte, und sie benahm sich nach der Entdeckung so laut und gewöhnlich, daß wir schleunigst an die Luft befördert wurden. Das Dämmste war, daß sie mir wegen dieser Szene auch meinen anbedungenen Lohn nicht bezahlte. Noch unheilvoller war ein anderes Ereignis, das mir auf einem Substitutionsball in einem vornehmen Londoner Hotel begegnete. Ich war von einer besonders entzückenden jungen Dame für diesen Abend engagiert worden, und wir schwebten gerade im schönsten Tanze dahin, als an der anderen Ecke des Saales plötzlich eine Unruhe entstand. „Bitte halten Sie das für einen Augenblick“, bat mich da meine Tänzerin, indem sie mit einer Tasse in die Hand drückte. „Mein Ogar ist in Un-ordnung, und ich muß in die Garderobe.“ Ich blieb ganz ahnungslos stehen, aber schon im nächsten Augenblick hörte ich eine befehlende Stimme, die allen Anwesenden das Ver-lassen des Saales verbot. Eine kostbare Perlenkette war von dem Halle einer der Tänzerinnen abgeschritten worden. Bei der nun folgenden Untersuchung fand man das wunder-volle Schmuckstück in der Tasche, die ich in der Hand hielt. Ich mußte auf die Polizei, und es dauerte lange, bis ich meine Unschuld nachgewiesen hatte. Meine Tänzerin wurde nicht gefasst, aber man stellte fest, daß sie eine sehr bekannte Juwelendiebin war. Sie hat im letzten Moment die Fingerringe ergriffen und durch die Ableitung des Verdachtes auf mich entkommen können.“

Die gemährtesten Sicherheitsleiter Brimmarer haben gestern vormittag größtenteils die Anstalt verlassen. Der Rest wird noch im Laufe des Tages die Anstalt räumen. Grundhächlich ist die Beirathung aufrecht erhalten worden. Die Eltern können jedoch in Einzelgesprächen an das Kultus-ministerium darum bitten, den relegierten Schülern die mündliche Reifeprüfung oder die Aufnahme in eine andere Anstalt zu gewähren.

Kunst und Wissenschaft.

Wochenplan des Sächsischen Stadttheaters zu Dresden vom 19. bis 27. März 1923. Überhaupt: Sonn-tag „Der kleine Marat“ (7, 8-10). Montag „Die Fledermaus“ (7-10). Dienstag „Lohengrin“ (7, 7-11). Mittwoch „Die verkaufte Braut“ (7-10). Donnerstag



Schule: Wenn war denn das Vergnügen von den Abfahrern?
Schwann: Mensch, das weichte noch nicht! Sonntag, d. 19.3. im "Unter" zu Gröba.
Schule: Bloß gut, daß ich dich getroffen habe, sonst hättest du das Vergnügen verpaßt.
Schwann: Mensch, das wäre schlimmer als ein Beinbruch. Auf Wiedersehen bei Dietrich.

Loose
 der 4. Zähl.
 Heimatdank-
 Lotterie
 vom 20.-27. März
 sind noch zu haben
 beim Invalidentank Riesa,
 Hauptstraße 1.

Felle
 aller
 Art
Felle

wie Kuh-, Kalb-, Schaf-, Siegel-,
 Fiesel- und Kaninchen-
 sowie alle Arten
 Wildfelle

kaufst zu höchsten Preisen
Otto Weizner
 Fellhandlung, Wittmerstr. 3.

4. Heimatdank-Lotterie

Ziehung
 20.-27. März 1922.
 Hauptvertrieb:
 Invalidentank für Sachsen
 Dresden
 König-Johann-Str. 8.
 Höchstgew. i. d. 1. Klasse

1. Klasse	zu 70000 M.
1. Haupt	30000 "
2. Gewinn	20000 "
3. "	15000 "
4. "	10000 "
2. Gewinn	5000 "
5. "	2000 "
10. "	1000 "

Loose zu 5 M. (Postgeld und Liste 3.50 M.) bei den Staatslotterie-Einsammlern und den durch Plakate kenntl. Geschäften.

Bruchfranke

können auch ohne Operation u. Verunstaltung geheilt werden. Nächste Sprechstunde in Riesa, Hotel Deutsches Haus am 20. März, von 9-1 Uhr.
Dr. med. Jacobs, Arzt,
 Spezialist für Bruchleiden,
 Berlin W. 50, Rankestr. 33.
 (Bisher Dr. Laabé.)

Gebr. Kinderwagen

billig zu verkaufen. Zu erst. im Tageblatt Riesa.

Sportwagen

mit Verdeck zu verkaufen. Zu erst. im Tageblatt Riesa.

Unter. Kinderwagen

preiswert zu verkaufen. Neuwieda, Nordstr. 1.

Sp. Waar gebr. 8. Damen-

kleide, Gr. 42, zu verkaufen. Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Berichtigung.

In der Geschäfts-Eröffnungsanzeige vom 15. d. muß es richtig heißen: ein Dubord-Gäst - nicht mein Dubord-Gäst - wieder eröffnet. C. Schr.

Chorverein Riesa

Donnerstag, den 30. März 1922, 8 Uhr

Stern-Saal

Die Jahreszeiten

Oratorium von Joseph Haydn

Sopran: **Lotte Mäder**-Leipzig; Tenor: **Erik Wildhagen**-Staatsoper Dresden; Bariton: **Horst Krause**-Riesa; Orchester: Mitglieder der **Kapelle der Staatsoper**-Dresden; Chor: **Chorverein-Riesa**; Leitung: **Iwan Schönebaum**

Eintrittskarten zu 35.- M., 20.- M. und 10.- M. (numerierter Saalplatz), sowie 6.- M. (nichtnum. Galerieplatz) - **Verkauf:** Buchhandlung Hoffmann, Hauptstraße 36; Buchhandlung Ziller, Hauptstr. 79 - **Einführungsende:** Mittwoch, den 22. März und Sonnabend, den 25. März 1922, 8 Uhr, im Festsaal der Oberrealschule; Karten hierzu zu 2.- M. am Saaleingange

Geschäfts-Eröffnung.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Riesa und Umgegend hierdurch zur gefl. Kenntnis, daß ich

Sonnabend, den 18. dts., in

Riesa, Wettinerstraße 20

ein

Schuhgeschäft

eröffne. Es wird mein eiskühles Bestreben sein, die mich beehrende Kundenschaft durch weitgehendstes Entgegenkommen zufriedenzustellen und bitte um gütige Unterstützung.

Geschäftsvoll G. Dümmler.

Befanntmachung.

Auf dem ehem. Schießplatze Zeithain, in der Nähe des Maschinenhauses, werden durch uns Sprengungen von Geschossen usw. vorgenommen. Die aus diesen Sprengungen entstehenden Sprengstücke sind unser Eigentum und werden von uns selbst gesammelt. Unrechtmäßige Entwendungen werden polizeilich verfolgt.

Vor Ankauf solcher Sprengstücke wird gewarnt.

Sächs. Verschrotungs-Gesellschaft m. b. H.

Hans Stühlers



Wachholderbeersaft

ohne Zucker, gar. rein, uraltes bewährtes Hausmittel, darf in keinem Haushalt fehlen. In jedem Geschäft erhältlich. Generalvertrieb durch: **Medicinal-Drogerie H. B. Jennicke**. Man achte beim Einkauf auf Schutzmarke.

Hausflurplatten

Klinkerplatten, Schmelztrage, groß und klein Weich- und Grautakt empfiehlt

Hahnemann, Bergedorf.

Mauerziegel.

Große Fabrikteile auf Abbruch zu verkaufen. Näheres bei **Winkler, Meißner Straße 3.**

Einige 100 Stück imprägnierte Saumpfähle

liegen zum Verkauf. **Georg Meißner, Meißner, Riesa.**

Einpänner-Brettwagen

gebraucht, zu verkaufen. **Wittmerstr. 10.**

Kesselschmiede, Stemmer Nieter, Schlosser, Schmiede und Arbeiter

stellt sofort ein

Aktiengesellschaft Lauchhammer

Abteilung Stahl- und Walzwerk Riesa.

Vereinsnachrichten

Riese, Preiskauf, 19. 3. Zornmarkt nach Kommasch, Ufabrik 1.23.

14. sächsischer Handlungsgehilfenlag

Sonntag, den 19. März, vorm. 10 Uhr im grossen Saale des Hotels zum Stern.

Vorrede:

1. Die Arbeitslosigkeit der Handlungsgehilfen; Redner: Arno Dierck, Dresden.
2. Die Pflegehaltung der kaufmännischen Arbeitsnachweiser; Redner: Georg Kastenbein, Chemnitz.
3. Unser Kampf um Verbesserung und Aufbau der Wirtschaft; Redner: Hermann Wittkott, Leipzig.

Schlusssatz: Reichstagsabgeordneter Otto Thiel, Berlin. Wir laden alle Handlungsgehilfen zu dieser Tagung ein. Der Ausschuss: **D. H. V., Ortsgruppe Riesa.**

D. H. V.-Tagung.

Eine große Anzahl der auswärtigen Teilnehmer ist noch nicht namentlich gemeldet. Alle Quartiergeber, die von uns noch nicht nähere Mitteilung erhalten, wollen bitte die uns freundlichst zur Verfügung gestellten Quartiere für Sonnabend bereit halten.

Ortsgruppe Riesa im D. H. V.

Deutsche Volkspartei, Frauengruppe.

Donnerstag, 23. März, nachm. 4 Uhr Zusammenkunft in der Konditorei Mühlus. Vortrag von Herrn Studienrat Schumann: Die deutsche Frau in der Vergangenheit. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Innung „Bauhütte“ Riesa.

Die diesjährigen Gesellenprüfungen werden Mittwoch, den 5. April 1922, abgehalten. Uebersicht der Innungsmeister, welche Ostern 1922 ausgearbeitet haben und die Prüfung ablegen wollen, werden aufgefordert, ihr schriftliches Gesuch usw. nach Maßgabe der Prüfungsordnung bis 1. April 1922 bei ihrem Lehrmeister einzureichen.

Der Prüfungs-Ausschuss.

L. Schneider, stellv. Vorf.

Gesangverein „Liederhain“ Zeithain.

„Rosenfest in Dlesbar“. Instrumental-, Gesangs- und Operetten-Aufführung Sonntag, 19. März, abends 8 Uhr im Gasthof zum Stern, Zeithain. Karten im Vorverkauf bei Fr. Hofmann, Der Schaafschuh. Wiederholung der Aufführung Dienstag, den 21. März, abends 7 Uhr.

Jugendverein Neu-Welda.

Sonntag, den 19. März
Stiftungsfest im Gasthof Merzdorf
 - Anfang 1/5 Uhr -
 Gäste, durch Mitglieder eingeführt, herzlich willkommen.
 Der Festausschuss.

Verein Pfeifenklub

- Wehltheuer und Umgegend. -
 Sonntag, 19. März, im Gasthof Wehltheuer - Anf. 6 Uhr
30jähr. Stiftungsfest
 bestehend aus Konzert, Theater und Ball. Hierzu ladet herzlich ein
 der Gesamtvorstand.



„Stadt Leipzig“

zum Wehltheuer-Rummel. An allen drei Tagen gastiert das erstkl. Gemischte Casino-Variete-Theater.

Deute **Nachtschlachtfest.** Einige vergnügliche Stunden versprechend, laden ergebenst ein **Paul Hofmann und die Direktion.**

Restaurant „Zur Erholung“.

Deute bis Sonntag
Bobbierausfahrt!
 H. Bodwärschen, Musik-Unterhaltung.
 Hochachtung H. Wilhelm u. Frau.

Gasthof Seerhausen.

Sonntag, den 19. März
Öffentliche Ballmusik
 - Anfang 6 Uhr -
 Ergebenst ladet ein **Alfred Diekmann.**

Münchner Löwenbräu Dresden

Moritzstr. 1b Landhausstr. 6
 hält sich allen Besuchern Dresdens als bekanntes, solides Familien- und Speiselokal bestens empfohlen.
H. Dederichs.

Für die uns anlässlich unserer Verlobung dargebrachten Glückwünsche sprechen wir zugleich im Namen unserer Eltern herzlichsten Dank aus.
Staudig/Riesa.
 Melanie Wählberg, Paul Weitzer.

Fähre Bobersen-Gröba

wieder in Betrieb.
Scherwolle
 Hoß- u. Ruhhaare
 fauft zu höchsten Preisen
Otto Molsner
 Fellhandlung, Wittmerstr. 3.

Wasser-u. Saubelöffel
 mit praktischem Verteiler
Jankescher
 empfiehlt

Böttcherei S. Sawitz
 Barftr. 26, Fernruf 292.

Prima weiße geschliffene sowie ungeschliffene

Gänsefedern
 liegen zum Verkauf.
Georg Haberecht, Bobersen.
 Telefon Riesa Nr. 169.

Stechwiedeln billiger
 in vert. Wilhelmstr. 12. 1. l.
 Empfehlung
Blumenholz

Bekkerie und Rohrabi,
 Ob- und Gemüsekonserven
 sowie frische Wurstige,
 Sprossen, Räucherheringe,
 Stechwiedeln.

Fr. Koch, Hauptstr. 19.
15 Ztr. Speisefarbstoffe
 5 Ztr. Stroh

in vert. Angeb. m. Fr. unt. V J 8884 an das Tagl. Riesa,
 Morgen früh
frische Seefische.

Clemens Bürger.

Feinstes Nizza-
Provenzer-Öl
 löse und in Originalflaschen
 empfiehlt die **Med. Drogerie**
A. B. Hennicke.

Gasthof zur „Allen Post“
Stauchitz.
 Sonntag, den 19. März
feine Ballmusik.
 Anfang 5 Uhr.

Gasthof Bahra.
 Sonntag, 19. März, ladet zur
Ballmusik
 freundlichst ein **W. Thalheim.**

Gasthof Lentewitz.
 Sonntag, 19. März, ladet zur
Ballmusik
 freundlichst ein **P. Gräfe.**

Gasthof Radewitz.
 Sonntag, 19. März, ladet zur
Hardeflegten Ballmusik
 freundlichst ein **Max Ziesche.**

Volkshaus.

Deute **Nachtschlachtfest.**
 Freitag 8 Uhr Wehltheuer, später
 frische Wurst. Es ladet ganz
 ergebenst ein **G. Thalmann.**

A. J. S. Weida
 und Umg.
 Sonntag, den 19. März,
 nachm. 3 Uhr
Monatsversammlung
 in der Wartburg.
 Der Vorstand.

Marionetten-Theater
 Riesa, Hotel Kronprinz
 Sonntag, den 19. März
 abends 8 Uhr

Die Räuber

auf Maria Kulm
 Ritterschauspiel in 5 Akten.
 Hierauf im Theatrum mundi
 Die Ermordung
 der Jungfrau Käthe.

Freitag 1/2 u. um 4 Uhr
Aschenbrödel oder
der glückl. Pantoffel
 Märchen in 5 Akten.
 Deute **Wünsch.**
 17. Sonntag kein Theater.

Die heutige Nr. umfasst
 6 Seiten.
 Hierzu Nr. 11 des
 Monats an den Abg.

Die Steuergesetze vor dem Reichstag.

Deutscher Reichstag.

15. Berlin, 16. März.

Bei der Weiterberatung der Branntweinmonopolvorlage

Abg. Gölke (Komm.) den Antrag auf Streichung des Paragraphen 159 betreffend die Besteuerung der Effigüre wieder auf. Die Abg. Dulke (D.V.) und Bress (Soz.) treten für die Ausschließung ein. Vor der Abstimmung beauftragt Abg. Gölke die Geschäftsabteilung des Hauses und die Sitzung wird demgemäß auf 2 Uhr nachmittags vertagt (Mantelgesetz). Schluß 1 1/2 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird auf Antrag des Abg. Schult-Gahmen (S.) die Beratung des Branntweinmonopols zunächst wieder angefaßt. Die Anträge der Kommunisten werden abgelehnt und das Gesetz selbst in der Ausschlußfassung angenommen. Es folgt die Beratung des

Mantelgesetzes.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

(andauernde Zurufe der Kommunisten und Unabhängigen: Sekundminister! Rufe rechts: Huel — Präsident Loebe: Sie wissen doch, daß die Angelegenheit, auf die Sie bei Ihren Zwischenrufen anspielen, von einem Ausschuss des Reichstages erledigt wird.) Deutschland belastet seine Wirtschaft stärker als irgend ein anderes Land. Das wird auch im Ausschuss anerkannt. Leider wird in Frankreich auch in der Kammer behauptet, Deutschland werde weniger belastet als Frankreich. Man muß sich von der Propaganda des Krieges freimachen, um diese Dinge richtig zu beurteilen. Ein Mehr der Belastung Deutschlands wäre zurzeit nicht mehr erträglich. Durch die Steuergesetze darf die Gesundheit unseres Wirtschaftslebens nicht gefährdet werden, und dieses Ziel haben wir erreicht. (Lachen auf der linken Bank.) Die neuen großen Besteuerungen werden erst 1923 veranlagt werden. Bei den anderen Steuern handelt es sich nur um Erhöhungen, so daß kein besonderer großer Steuerapparat dazu nötig ist. Die Steuererhöhungen für 1920 sind im allgemeinen abgeschlossen, diejenigen für 1921 werden bis Mitte dieses Jahres beendet sein. Die Vorbereitungen für die 1923 in Kraft tretende Vermögenssteuer werden in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres getroffen werden. Das Kompromiß hat alles mögliche geschaffen; Gegenstände sind gemildert worden. Die Finanzanleihe wird in allernächster Zeit durch ein besonderes Gesetz sichergestellt werden. Betreffs der Umsatzsteuer erkläre ich, daß die Luxussteuer binnen kurzem einer Umgestaltung unterzogen werden wird. Bei den Zöllen und Verbrauchssteuern haben wir uns im wesentlichen auf Erhöhungen beschränkt. Wenn behauptet wird, daß Deutschland auf die Entwertung seines Geldes selbst hinarbeite, so ist das unfinnig. Es wird immer schwieriger, Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Ausland zu beziehen. Eine Besserung des Marktes kann nur von außen her erfolgen durch eine vernünftige Begrenzung unserer Leistungen aus dem Friedensvertrag. Was durch die Steuergesetze für Sanierung unserer Finanzen geschehen konnte, das liegt Ihnen zur Beschlußfassung vor. Die oberste Kohlenproduktion ist uns durch den Friedensvertrag zum größten Teil, die Kupfer- und Zinkproduktion ganz verloren gegangen. Niesenopfer hat das deutsche Volk getragen. Die fälligen Zahlungen sind pünktlich geleistet worden. Von Stunde zu Stunde warten wir auf erträgliche Zahlungsbedingungen. Öffentlich kommen diese bald. Ich bitte, den Steuervorlagen möglichst bald zustimmen, damit diese neuen Quellen bald zu fließen beginnen. Schließen die Bemerkungen, wieder ein gutes Verhältnis zwischen den Völkern zu schaffen, so ist das nicht die Schuld des deutschen Volkes, Weisheit, Mäßigkeit und Zurückhaltung sind notwendig, um die Form der Wiederaufnahme wiederholter Verfall im Zentrum.)

Abg. Bernstein (Soz.): Die Zustimmung zu den Steuergesetzen ist uns nicht leicht geworden. (Lachen links.) Über jeder, der die Verantwortung trägt, muß auch den Notwendigkeiten Rechnung getragen werden. Die Lasten des deutschen Volkes sind unendlich, aber sie müssen getragen werden, wenn wir nicht durch den Zusammenbruch weit größere Lasten auf uns laden wollten. Bei den Sachwerten zugreifen, gebot Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit. Die Steuererhöhung hängt nur vom Stande der Valuta ab. In eine völlige Vereinfachung der Zwangsverwaltung kann jetzt nicht gedacht werden. Verbrauchssteuern sind uns durch das Londoner Ultimatum ausdrücklich vorgeschrieben. Ohne ein Kompromiß werden die Steuern nicht zu erlangen. Eine Ablesung der Steuern wäre ein Widerspruch zu Ludendorff, das gleiche nicht für die Sozialdemokratie, wäre ein Wortbruch gegenüber der Entente und ein Geschenk an die Besiegten auf Kosten der Arbeiter. Werde die Auflösung des Reichstages notwendig, so würde die Sozialdemokratie auf dem Votum sein, sie lehne es aber ab, auf die Auflösung hinzuwirken. Die Finanzanleihe sei zur Verringerung des Notenumlaufs notwendig, über ihre Form werde aber noch zu verhandeln sein.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.): Durch die Rede Bernsteins wird bestätigt, daß die zahlreichen Väter dieses Landes mit traurigen Mienen um die Wege herumstehen. Wir lehnen das Mantelgesetz ab, nehmen aber für uns in Anspruch, im Ausschuss gründliche und positive Arbeit geleistet zu haben. Wir machen keine Politik der Verärgerung oder der Negation, draußen im Lande versteht man uns, da liegt unsere Zukunft! Niemand von uns verkennt den bitteren Zwang, alle Steuerquellen bis zur Grenze des Möglichen in Anspruch zu nehmen. Aber selbst durch das Kompromiß kann die Politik der Erfüllung nicht befriedigt werden. Eine Bindung kann nur kommen mit der Wiederherstellung der Staatsautorität. Ordnung und Sparsamkeit in den Reichsbetrieben ist sonst nicht denkbar. Die Reparationssumme muß der Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt werden. Der Reichsanwalt ist nicht der Mann, der die Politik der Kontributionen zum guten Ende führen kann. Die Erfüllungspolitik Birck-Kathenau ist jämmerlich zusammengebrochen. Deutschland ist das meist besteuerte Land der Welt, und die Reichsregierung tut nichts dazu, dies draußen bekannt zu machen. Unsere Steuern stehen um das Vielfache über den englischen und französischen Steuern. Ein Reichsanwalt Dr. Wirth ist nur denkbar bei einer Koalition, bei der die Sozialdemokratie die erste Geige spielt. Die Deutsche Volkspartei schützt durch ihre Beteiligung an der Regierung die Sozialdemokratie vor der Erkenntnis ihrer Ohnmacht. In 50 Jahren hat die Sozialdemokratie den Mund voll genommen, jetzt versagt sie und ist bankrotter als — leider Deutschland. Nicht einmal für die Erhaltung der Sachwerte hat sie brauchbare Ideen formulieren können, aber man will auf ihre Wirksamkeit nicht verzichten, dafür mußte man ihr etwas bieten. Wir aber wollen nicht den Preis der Finanzanleihe dafür bezahlen, daß die Sozialdemokratie die Güte haben will, uns weiter zu regieren. Auch die Finanzanleihe wird das Land vor Ruin in den Rücken

des Volkes der Reparation hineingeworfen. Mit dieser Erfüllungspolitik muß endlich Schluss gemacht werden. Weiterberatung Freitag 8 Uhr. Schluß gegen 6 Uhr.

Angebliche obstruktive Haltung Deutschlands.

Dem Reichsminister des Auswärtigen ist am 15. März von dem französischen Botschafter Laurent folgende Kollektivnote überreicht worden:

Die Botschafterkonferenz hat feststellen müssen, daß die deutschen Behörden in den letzten Monaten gegenüber den interalliierten Militärkontrollkommissionen eine obstruktive Haltung eingenommen haben und zwar in folgenden Punkten:

1. Mitteilung der Urkunden, die schatten würden, den Wert der Entschädigung einzuschätzen, die hinsichtlich des Gerätes durchzuführen ist.

2. Kontrolle der Deerebergangung, gemäß dem Wehrgesetz.

3. Regelwidrige Zusammenbringung gewisser Deerebediensteter.

4. Mitteilung der von den verschiedenen Ländern zur Umwidmung der Polizei getroffenen Maßnahmen.

Außer diesen Fragen, die aus den wichtigsten als Beispiele herausgegriffen sind, gibt es noch eine gewisse Zahl anderer, deren Regelung ebenfalls keine weitere Verzögerung erleiden darf. Im Auftrag ihrer Regierungen haben die Botschafter von Frankreich, England, Japan, Italien und der belgische Botschafter die Ehre, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung in dringender Form auf diese Lage zu lenken und sie aufzufordern, Praktiken ein Ende zu machen, die selbst, wenn sie von untergeordneten Behörden begangen sind, doch unter der Verantwortung der Regierung fallen, der es der Vertrag von Versailles zur Pflicht macht, die Entscheidungen der interalliierten Kontrollkommission auszuführen. Das Interesse Deutschlands in finanzieller Hinsicht erheischt es zudem, die alliierten Regierungen in den Stand zu setzen, sich so schnell wie möglich ihrer Aufgabe zu entledigen. Entschließen, die gänzliche Durchführung der vom Vertrag von Versailles vorgeschriebenen Entschädigung zu sichern, zählen die alliierten Mächte darauf, daß die deutsche Regierung alle Maßnahmen ergreife, die nötig sind, um die Bestimmungen untertäniglich durchzuführen, welche die Regierungen der interalliierten Kontrollkommissionen in den Weg gelegt worden sind.

Gen. Laurent, d'Abernon, Lefé, Fraissati, della Paillie.

Der Notenumwechsel über die Ordnungspolizei.

Die interalliierte Militärkontrollkommission hatte unter dem 27. Februar in einer Note an die Reichsregierung Umorganisation der Ordnungspolizei und zwar

1. Befreiung der staatlichen Polizei auf den im Jahre 1913 vorhanden gewesenem Stand,

2. Befreiung der Nachrichten- und Kraftfahrformationen, Luftfahrtüberwachungsabteilungen und aller anderen sogenannten „kleinen Verbände“ (Gendarmen) und entsprechender Aufhebung der jetzt für einen Teil der Polizei eingeführten Ausrüstung und zwar bis zum 15. März.

Die Reichsregierung hat im Einvernehmen mit den Völkern am 15. März eine Antwort an die Kontrollkommission gerichtet, in der zunächst die Deutschland hinsichtlich der Ordnungspolizei auferlegten Verpflichtungen aufgeführt werden, u. a. besonders die Aufhebung der im Jahre 1919 geschaffenen Sicherheitspolizei. Wahrung des Charakters einer Landes- und Ortspolizei für die auf 150 000 Köpfe veränderte Ordnungspolizei, das Verbot einer zentralen Organisation dieser Polizei über das im Jahre 1919 bestehende Maß hinaus, die Vermeidung jedes „militärischen Charakters“, das Unterlassen von „Mobilisationsmaßnahmen“, das Verbot eines Personalanstausches zwischen Reichswehr und Polizei, die Befreiung der Besatzung der letzteren auf die von der Kommission festgesetzten Höchstanzahlen (ein Kompanier für drei Mann ufm.), das Verbot der Verwendung von Flugzeugen und anderes mehr.

Im zweiten Teil der Note wird dargelegt, was die deutschen Länder getan haben. Die Sicherheitspolizei ist in ihrem militärischen Aufbau beseitigt worden. Bei der Organisation der Ordnungspolizei ist der örtliche Charakter gewahrt. Im letzten Teile der Note wird auf die Beanstandungen eingegangen, welche die Kontrollkommission trotz dieser Erfüllung aller Verpflichtungen gegen die Organisation der Polizei erhebt. Es wird bestritten, daß die weitere Ausdehnung der schon im Jahre 1918 überall im Verwaltungsrecht der deutschen Länder begründeten Zentralisierung der Polizeiverwaltungen eine unzulässige Zentralisation bedeute, da auch die staatliche Polizei in Deutschland im Gegensatz zum französischen System den Charakter einer Ortspolizei bewahre. Eine gewisse Zusammenfassung eines Teils der Exekutivorganen zu Verbänden sei durch die schwierige Lage geboten. Staaten mit starkem militärischen Schuss und ruhigen innerpolitischen Verhältnissen wie England, Frankreich, Amerika und Italien könnten doch einer großen, stark gegliederten Polizei nicht entbehren. Deutschland könne deshalb mit seiner kleinen Reichswehr auf einen starken britischen Polizeischutz erst recht nicht verzichten. Daher habe auch die Note von Boulogne vom 22. Juni 1920 eine Bewaffnung angefordert, deren erfolgreiche Verwendung geschlossene Verbände in gewisser Anzahl verlangt. Dazu kommt, daß die Reichswehr und die Schutzpolizei selbst bei der letzten Organisation der letzteren nicht genügend, um Ordnung zu schaffen, wenn an verschiedenen Teilen des Reiches Aufstände ausbrechen. Zum Schluß betont die Note den festen Willen der Reichsregierung, an der Erfüllungspolitik festzuhalten, und macht eine Reihe von Vorschlägen, die mehreren Forderungen der Kommission gerecht werden. Es sei zu hoffen, daß dieses Entgegenkommen bis an die Grenze des Möglichen die Entente von der lokalen Politik der Regierung überzeugen und sie von weiteren Forderungen abhalte.

Aus dem besetzten Gebiet. Das Urteil des Düssel-dorfer Kriegsgerichtes gegen die Mitglieder der Organisation „Konrad“ ist, der Vergleich-Wärkischen Zeitung zufolge, von der Rheinlandskommission nicht bestätigt worden. Fünf der Verurteilten, die Strafen von einem Jahr Gefängnis erhalten hatten, ist diese erlassen worden. Sie sind aber aus dem Gebiet des Brückentopfes von Düsseldorf ausgewiesen worden. Man erwartet, daß auch die übrigen Verurteilten entlassen und ausgewiesen werden. — Wie die Berliner Blätter aus Wachen melden, hat eine belgische Kommission in Wachen in der dortigen technischen Hochschule alle Apparate beschlagnahmt, die zu Versuchen mit drahtloser Telegraphie gebraucht werden. Der Wert der beschlagnahmten Gegenstände wird auf über eine Million Mark geschätzt.

Noch acht Jahre Militärkontrolle.

Ob das deutsche Volk in der Lage ist, die Lasten, die ihm der Vertrag von Versailles auferlegt, zu tragen, wird die Zeit lehren. Aber daß die Leistungen, zu denen es verpflichtet ist, produktiven Zwecken dienen, ist nicht nur unser Wunsch, sondern das Interesse Europas. Man muß jetzt zugeben, daß diese Erkenntnis auch auf der Gegenseite auf dem Marsche ist, aber ihre Vorwärtsschritte abhört der Götterhader Springprozeß: drei Schritte vorwärts und zwei Schritte zurück. Die deutsche Regierung hat für sich Ziffern über die Belastung veröffentlicht, die die Anwesenheit der interalliierten Kontrollkommission für Deutschland bedeutet. Es stellte sich heraus, daß ein englischer Soldat sich erheblich besser stellt als der deutsche Reichskanal, ganz zu schweigen von einem General, dessen Einkünfte sich auf Millionen belaufen. Alle diese Zahlen gehen vom Reparationskonto herunter, und Frankreich, das den größten Teil der Reparationen zu beanspruchen hat, sollte also in seinem eigenen Interesse auf eine vernünftige Einschränkung der Kommissionen drängen. Statt dessen hat die Rücksicht auf die Legende von der deutschen Höflichkeit Frankreich zu der genau entgegengesetzten Haltung gebracht. Im Vorkriegsstaat hat sich Frankreich der Absicht Englands, die Kontrollkommissionen abzuhängen, auf das schroffste widersetzt, was weniger Wunder nimmt, wenn man weiß, daß zur Begutachtung die unter dem Vorsitz Hochs stehende interalliierte Militärkonferenz herangezogen wurde. Jetzt hat Italien eine Vermittlung versucht, die vermutlich angenommen werden wird. Der Vorschlag stellt sich ganz auf den Boden der französischen Wünsche, indem er die Tätigkeitsdauer der Kontrollkommission auf acht Jahre festsetzt. Nur wenn Deutschland guten Willen zeigt, könne sie früher aufgehoben werden. So wie die Dinge jetzt liegen, muß man leider befürchten, daß England die angebliche goldene Brücke beschreiten wird, die in der letzten Einschränkung liegt, über deren tatsächlichen Wert und Umwert wir uns aber keinen Augenblick eines Zweifel hingeben können. Die Kontrollkommission hat in dieser Lage erst wieder verstanden, ihre Existenznotwendigkeit zu beweisen, indem sie eine neue Note an die deutsche Regierung veranlaßt hat, über die unsere Leser in vorliegender Nummer Näheres hören. Solche Beweise sind billig wie Brombeeren und werden der fortschreitenden Zerlegung auch in acht Jahren noch nicht unterliegen. Bevor nicht die eigene Not den Herren von der Botschafterkonferenz mit bröhnender Faust an die Saalfäden schlägt, werden sie nicht hören. Daß es dahin kommen muß, ist schlimm, nicht nur für uns, sondern auch für die anderen. Einzuweisen wird der Wortlaut des Vertrages von Versailles und einige Waffen in die Hand geben, um uns gegen die neue Jagdmannschaft zu wehren. Was diese Waffe des formalen Rechts gegen die Gewalt, die die Gegenseite nun einmal in der Hand hat, ausrichten wird, wird die Zukunft lehren.

Zwei neue Verträge.

Sum ersten Male ist es zu ernstlichen und amtlichen Diskussionen darüber gekommen, ob und inwieweit man die Störungen der Weltwirtschaft nicht durch Reparationsforderungen in der Form, sondern in der Höhe der Reparationsforderungen beseitigen könne.

Der erste Plan, der vom englischen Schatzminister Osborne stammen soll, will das, wenn die Meldungen ausländischer Blätter zutreffen, auf dem Wege eines internationalen Schuldenausgleiches bemerkenswerten. Der zweite Plan, der von dem Engländer Sir Basil Blackett und dem Italiener Giannini stammt, will die positiv als unentbehrlich erwiesenen Teile der Gesamtforderungen an Deutschland nicht nur stunden, sondern in einer Weise beileisten, daß die sogenannte Mobilisierung der aufbringbaren Teile dadurch praktisch möglich sein wird.

Der Osborne'sche Plan, soweit man über ihn unterrichtet ist, möchte zunächst die englischen Glaubigerforderungen an Frankreich, in weiterer Ferne wohl aber auch die amerikanischen, als Kompensationsobjekt für die Forderungen Frankreichs an Deutschland benutzen. England erklärt sich bereit, auf einen Teil seiner Schuldforderungen an Frankreich zu verzichten, sofern Frankreich seinerseits sich bereit erklärt, in derselben Höhe auf Reparationsforderungen Deutschland gegenüber zu verzichten.

Der zweite Verzicht zielt weniger auf das Verhältnis der Staaten untereinander als auf ihr Verhältnis zur internationalen Finanzab. Für alle Staaten handelt es sich darum, möglichst rasch zu Geld zu kommen, namentlich Frankreich hat dringenden Bedarf nach unverzögerten Geldengängen. Seit Jahr und Tag ist es demgemäß das Bestreben der Regierungen, ihre Forderungen wider Deutschland nach Art eines Lombardgeschäftes oder in einer Anleiheoperation möglichst rasch zu eskontieren. Das scheiterte bisher an der Unmöglichkeit, die deutsche Schuldüberweisung dem internationalen Kapital als irgendwelche verlässliche Grundlage erscheinen zu lassen, denn jeder Kapitalist in aller Welt wußte, daß diese Schuldüberweisungen die wirkliche Kraft Deutschlands bei weitem übersteigen, daß sie im kaufmännischen Sinne nicht „gut“ seien. Diese Papiere können nur dann marktfähig gemacht werden, wenn man sie erheblich reduziert, umgekehrt aber besteht nach einer solchen Reduktion ziemliche Aussicht darauf, sie wirklich am Markte unterbringen zu können und somit rasch zu dem Geld zu gelangen, dessen man so dringend bedarf. Es ist dieser Gedanke, der dem Projekt Blackett-Giannini zugrunde liegt, das eine Reduktion der aktuellen Reparationsforderungen auf 45 Milliarden vorschlägt, unter Vertagung des Restes in Formen und unter Anteilen, die bei einem Optimismus mindestens für die Gegenwart fast als Annulierung betrachtet werden können. Jedenfalls soll dieser Rest erst dann in Betracht kommen, wenn die 45 Milliarden voll bealiquiert sind, so daß etwaiger Kreditgeber nur mit der Belastung von 45 Milliarden Markt zu rechnen hätten. Auf diesem Wege mag die Mobilisation dann wirklich gelingen und darin besteht der Reiz des Projektes für die geldbedürftigen Reparationsgläubiger.

Eine neue französische Angstrede.

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer ergriff zur Begründung der Deerereform Kriegsminister Maginot das Wort. Er sagte u. a.: Gegenüber einem Volke wie das deutsche müssen wir uns um eine Organisation bemühen, die durch den Gedanken an einen neuen Angriff begründet ist. Die Stärke unseres Deeres muß genügend sein, damit Deutschland sich seinen Verpflichtungen nicht entziehen kann. Das mindeste, was zu sagen ist, das ist, daß Deutschland seine Einheit gewahrt hat, daß es 60 Millionen Einwohner gegenüber 40 Millionen Frankreichs zählt. Alle die, die in Deutschland gewesen sind, sagten, die moralische Entschädigung sei nicht durchgeführt und der Gedanke der Penance sei nicht aufgegeben worden. Es sei also sehr unklar, zu warten, bis Deutschland eine Militärmacht geworden sei. Wenn Deutschland gegenüber Frankreichs Friedenswille den Versuch

Machen wurde, das Material der Waffen heranzufordern, dann müßten die französischen Grenzen unüberwindlich sein. Gegenüber einem Geener wie Deutschland, das seine ganze industrielle Macht noch besitzt, müßte man darauf bedacht sein, die Vorteile auszunutzen, die der Sieg gebracht habe. Die deutsche Industrie werde rasch Waffen und Munition herstellen können. Er würde die Wahrheit verkünden, wenn er nicht anerkennen wollte, welche Ergebnisse die Kontrollkommission des General Koller erzielt habe. Aber Deutschland habe seit dem Waffenstillstand seine Kriegspropaganda fortgesetzt. Zum Beweis dieses Satzes behauptet Maginot, daß man genügend Artilleriemunition für 22 Divisionen gefunden habe. Man müsse die deutschen Fabriken in die Unmöglichkeit versetzen, rasch Waffen herzustellen. Die deutsche Regierung lasse hinter dem Schwarzwald Eisenbahnlinien herstellen, um nötigenfalls alle ihre Streitkräfte auf der Nordfront der Schwierigen zu versammeln. Die Reichswehr sei trotz der schwachen Mannschafft und der schwachen Bewaffnung ein mächtiges Heer, das rasch verdoppelt werden könne. In den besetzten Provinzen des Ostens habe Deutschland genügend schwere Artillerie und Mannschaffen ausgebildet. Im Jahre 1928 werde die französische Armee am Rhein und in Frankreich 420.000 Mann stark sein. Frankreich wolle nicht mehr der Bedrohung durch ein starkes „preussisches“ Heer ausgesetzt sein. Frankreich sei nicht mehr das Frankreich von Sedan, sondern das Frankreich der Marne und von Verdun.

Die Geneser Konferenz.

Der italienische Botschafter hat in Berlin eine Note der italienischen Regierung überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die Geneser Konferenz endgültig auf den 10. April festgelegt worden ist.

Chamberlain erklärte gestern im englischen Unterhaus, die Namen der britischen Delegierten für die Geneser Konferenz ständen noch nicht endgültig fest; jedoch würden sich Lloyd George und Lord Curzon darunter befinden. Lord Curzon wird auch England auf der Pariser Konferenz über die Orientfragen vertreten. Der 10. April bleibe der Eröffnungstag der Geneser Konferenz.

Die neue Belastung.

Die von der Konferenz der alliierten Finanzminister getroffene Bestimmung, daß Deutschland die Kosten für die Mobilisierung der französischen Infanterie 1919 im Zusammenhang mit dem Londoner Ultimatum tragen soll, wird in der betreffenden Entscheidung der Finanzminister, die Davos veröffentlicht, damit begründet, daß Deutschland auch die Kosten der im März 1921 als militärische Sanktion erfolgten Besetzungen auf dem rechten Rheinufer zu tragen habe.

Der Verkauf eines amerikanischen Bankiers.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ hat Bankier Otto S. Kahn in einer Rede die Streichung sämtlicher von den Alliierten an Amerika geschuldeten Summen verlangt. Als Gegenleistung hätten die Schuldnermächte die Verpflichtung zu übernehmen, alles zu tun, um dem wirtschaftlichen Notstand Europas ein Ende zu machen. Kahn betonte, es handele sich für ihn nicht um eine Rücksichtnahme auf Deutschland, er spreche von geschäftsmäßigen Gesichtspunkten über wirtschaftlich Durchführbares.

Der Bau des Juppelinfanteries für Amerika.

„Chicago Tribune“ teilt mit, daß in der vorgestrigen Sitzung der Vorkonferenz im Zusammenhang mit der Erörterung der Militärkontrolle indirekt der Bau des Juppelinfanteries für Amerika in Deutschland berührt worden sei. Die Kommission des General Koller habe sich bis jetzt mit allen Mitteln dem Bau widersetzt. Der amerikanische Botschafter Herrick habe der gestrigen Sitzung beigewohnt.

Amerika bringt nicht auf Verzählung.

Wie die Reuters-Agentur aus Washington meldet, haben die Vereinigten Staaten in ihrer kürzlichen Note an die alliierten Finanzminister nur verlangt, daß das Recht Amerikas, an den Reparationen mitzubeteiligen zu sein, anerkannt werde. Nachdem der amerikanischen Regierung dieses Recht zuerkannt worden war, hat sie keineswegs die Absicht, darauf zu dringen, daß sie bezahlt werde.

Der Aufstand in Südafrika.

Reuters meldet aus Johannesburg: Der Bergarbeiteraufstand gilt jetzt, vom militärischen Standpunkte betrachtet, für so gut wie beendet. Die Nacht zum Mittwoch war die ruhigste seit Beginn der Kämpfe. Die Einnahme von Johannesburg ist sofort eine ruhigere Atmosphäre. In dem Gewerkschaftshaus von Johannesburg wurden nach der Einnahme des Ortes Schriftstücke gefunden, aus denen hervorgeht, daß die Einnahme von Johannesburg seitens der Revolutionäre geplant war, auch wurden Listen mit den Namen fast aller angelegenen Johannesburgers entdeckt, deren Einziehung beabsichtigt war.

Einer Reutersmeldung zufolge besagt ein aus Pretoria eingetroffenes Communiqué, daß, obwohl die Revolution im

Wandgebiet wirksam unterdrückt worden ist, einzelne Truppen von „Rotes“ nach Südafrika leiteten und versuchten, der Selbsterhaltung zu entsagen. Die Zahl der Gefangenen betrage über 6000. Die Eisenbahnen haben die Arbeit wieder aufgenommen. Eine offizielle Mitteilung erklärt, die Polizei habe umfangreiche Beweise in Händen, daß der Aufstand in Südafrika das Ergebnis eines bolschewistischen Komplotts gewesen sei.

Aufstandsbeziehung in Albanien.

In Albanien ist, wie aus Paris gemeldet wird, der Aufstand gegen die nationalistische Regierung offenbar ausgebrochen. Durazzo ist besetzt und Tirana von jugoslawischer Besatzung abgetrennt. Die Regierung ist nach Elbasan geflüchtet. Die Einwohner von Valona machen mit den Aufständischen gemeinsame Sache. Die Nachrichten über die albanischen Streitkräfte, wie eine Besatzung meldung besagt, von Rebellen und sind daher einseitig. Die Gebirgsstämme haben sich den Rebellen nicht angeschlossen, so daß dadurch die Lage der albanischen Regierung gebessert erscheint. Ahmed Bei kämpft bei Tirana. Mittwochabend beschickte sich der Belgrader Minister mit der albanischen Wätere. Jugoslawien bleibt streng neutral, nur die Grenze wird stark gesichert. Der albanischen Regierung wird keine Hilfe gebracht. Bei Elbasan und Piri wird gekämpft. Tirana ist genommen. Ahmed Bei hat eine Regierung gebildet. Der Kriegsminister hat bei Skutari Freiwillige gesammelt und der Regierung Ahmed Bei Hilfe geschickt.

Neuere Nachrichten besagen, daß sich die Lage gebessert habe. Des Jussuf und Achmutz Prola, der Rebellenführer, ist geschlagen. Aus Genua wird gemeldet: Finanzminister bemerken, daß fremde Leute zur See nach Albanien gebracht wurden. Das Blatt „Balkan“ meldet, d'Annunzio plante, nach Albanien zu kommen und die Regierung zu übernehmen, doch habe er dieses Unternehmen wegen der Schwierigkeiten in Flume aufgegeben.

Zanegeschichte.

Deutsches Reich.

Die Not der Reichstage. Im Hauptauschuß des Reichstages erklärte der Staatssekretär Dr. Dietrich zur Not der Reichstage, daß die Regierung mit großer Sorge die Entwicklung verfolgte, die die Preise des Druckpapiers nehme. Wenn auch ihre Steigerung an sich nicht außer Verhältnis zu anderen Preissteigerungen stände, so gebe doch das enorme Ausmaß der Preissteigerung Veranlassung zu den schwerwiegendsten Bedenken. In der Vorlesungzeit habe das Programm Druckpapier etwa 30 Prozent gestiegen. Jetzt kostete es 8,30 Mk. Das sei eine 28fache Steigerung. Durch die neue Feuerungsstelle könne die kleine Presse erschlagen werden, was eine allgemeine Uniformierung der Meinung durch die überaus liebliche große Presse zur Folge hätte, ein Zustand, wie wir ihn in anderen Ländern bereits kennen, wie er aber allmählich in den deutschen Welt sich noch nicht durchsetze. Leider seien die gesetzlichen Handhaben, die die Regierung zur Zeit der Milderung zur Not besitze, in ihrer Wirksamkeit recht begrenzt. Am Gegenstand zur Ansicht mancher Interessenten, meinte der Redner, daß die Ursache der Preissteigerungen weniger in der Preispolitik der Kartelle zu suchen sei als im Steigen des Holzpreises. Diese Schwierigkeiten würden sich vielleicht noch verstärken, wenn der Umfang der Bautätigkeit wachse und damit die Holzpreise von neuem ansteigen zu können. Zugleich sei als mögliches Abhilfsmittel bezeichnet der Redner eine eventuelle Einschränkung der Reichsregierung auf die Preisgestaltung des Papiers, sobald der interaktionale Austausch des Reichstages hierzu Stellung genommen haben wird. Ein harter Ausschuss könne bei der schweren Finanzlage des Reiches nicht in Aussicht gestellt werden. Zugleich sei bei der Karifizierung des Druckpapiers könnten nur in Frage kommen, wenn damit eine fühlbare Ermäßigung des Preises erreicht werde. Die Frage der möglichen Einwirkungsmittel solle demnach mit den Interessenten, nötigenfalls mit dem interaktionalen Austausch des Reichstages, erörtert werden.

Die Jurisdiktion eines deutschen Kindes in Nancy. In der Angelegenheit des deutschen Kindes von Nancy wird mitgeteilt: Die Deutsche Botschaft in Paris hat von der französischen Regierung die Regelung der Angelegenheit erlangt. Die betreffende Summe ist von der Deutschen Botschaft ausgelegt und in Nancy bei der Polizei niedergelegt worden. Die Einreiseerlaubnis für die Mutter nach Nancy ist bewilligt worden.

Verlange Reiseerlaubnis. Wie die „Voss. Stg.“ unter der Überschrift „Aus politischen Gründen?“ meldet, hat der Berliner Akademische Orchesterverein, der gestern vormittag eine Konzertreise nach den skandinavischen Ländern antreten wollte, davon absehen müssen, weil das preussische Ministerium des Innern Rückfragen der Schutzpolizei gestellt, die zum Erlaß für die erkrankten Mitglieder des Orchestervereins hinzugezogen waren, die Reiseerlaubnis verweigerte. Wie dem Blatte vom preussischen Ministerium des Innern mitgeteilt wird, hatte den Schutzpolizeimestern die Teilnahme an der Fahrt verboten werden müssen, weil die Schutzpolizei eigene Kapellen nicht besitze und Angehörige

dieser Beamtenkategorie als solche deshalb eine Konzertreise nicht unternehmen dürfen. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Reise heute vor sich gehen kann.

In den Gerichten über die Prinzessin Elisabeth. Die „V. J. a. W.“ wiederholt die Erklärung des Rechtsanwalts der Prinzessin Elisabeth, nach der die Prinzessin unter Eid genau das Gegenteil dessen ausgesagt hat, was der „Daily Express“ gemeldet hatte. Die Prinzessin hat unter Eid bezeugt, daß Beziehungen zwischen ihr und Herrn v. Viettenberg niemals bestanden haben. Die Behauptung, daß die Prinzessin gefaßt habe, ihr Gemahl habe um die Beziehungen gewußt, läßt damit von selbst die Ermäßigte Gebühr für Ausfuhrbewilligung.

Die Handelskammer Köln gibt bekannt: Nach einer solchen beim Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete eingeleiteten telephonischen Mitteilung des Ausfuhramtes Bad Ems sind die für die Erzielung der Ausfuhrbewilligungen beim Ausfuhramte Bad Ems zu entrichtenden Gebühren von fünf auf drei vom Tausend des Warenwertes ermäßigt worden. Die Ermäßigung tritt am 16. d. M. in Kraft.

Generalkonferenz in Graubünden. In Graubünden fand am Dienstag eine Versammlung der Arbeiter fast aller Berufsgruppen statt, in der beschlossen wurde, den Generalkonferenz zu proklamieren. Am Mittwoch vormittag schneefestlich übertraten daraufhin die Arbeiter von Graubünden, einschließlich der öffentlichen Betriebe, in den Ausfuhr. Die Straßenbahnen verkehren nicht. In den öffentlichen Betrieben wird die Arbeit mit einigen Schwierigkeiten von Ingenieuren und Schülern der Mechanikerschule aufrecht erhalten.

Einigung über die neuen Löhne. Wie die Telegraphen-Union von ausländischer Stelle erfährt, haben die Verhandlungen der Beamtenpiketenorganisationen mit der Reichsregierung über die Erhöhung der Gehälter der Arbeiter und Angestellten im Finanzministerium zu einer endgültigen Einigung geführt.

Transportarbeiterstreik in Mecklenburg. Gestern sind in Mecklenburg die Transportarbeiter in den Ausfuhr getreten.

Einfuhr französischer Orangen. Die Agence Havas meldet: Auf einen Antrag der französischen Regierung, der auf den Berliner Vertrag, Artikel 267, gestützt war, hat die Deutsche Regierung soeben ihre Genehmigung zur Einfuhr von 180.000 Doppelpennener französischer Orangen erteilt. Spanien und Italien zogen kürzlich aus einer ähnlichen Maßnahme im Verlauf von Sonderabkommen Nutzen. Jeder Einfuhrhändler, der unter dieser Rubrik an einer deutschen Handelskammer eingeschrieben ist, wird die Ermäßigung erhalten, 30 Tonnen französischer Orangen einzuführen zu dürfen. Handeltreibende, die schon vor dem Kriege Einfuhrrechte einführten, sollen die Genehmigung sogar bis 100 Tonnen erhalten können.

Streik der Elektrifizierungsarbeiter in Chorzow. Die Besetzung der Oberschlesischen Elektrifizierungswerke in Chorzow ist gestern Mittag wegen Lohnstreikern in den Ausfuhr getreten; die Kraft- und Lichtversorgung ist zurzeit unterbrochen.

Die Verhandlungen über die Nichtlinien der Deutschen Volkspartei. Wie die Berliner Blätter melden, hatte gestern Reichskanzler mit den Führern der Deutschen Volkspartei und der Regierungsparteien Vorgesprächen zu den Beratungen über die Durchführung der Nichtlinien der Deutschen Volkspartei, die von einem aus den Regierungsparteien, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei zu bildenden fünfgliedrigen Ausschuss geführt werden sollen.

Die Tagung der drei Internationalen. Der „Vorwärts“ hat die zweite Internationale vorgeschlagen, die angeordnete Abhaltung der Konferenzen der drei Internationalen am 2. April in Berlin stattfinden zu lassen. In dieser Sitzung werde voraussichtlich auch die Frage der Verfolgung der russischen Sozialrevolutionäre aufgeworfen werden.

Jugoslawien.

Der Handelsvertrag mit Deutschland ist vom Minister rat unterzeichnet worden.

Republik Oesterreich.

Amerika gewährt eine neue Anleihe. Der amerikanische Senat hat eine Resolution angenommen, nach der Oesterreich zur Bekämpfung des Hungers eine neue Anleihe von 50 Millionen Dollar gewährt werden soll, die ebenso wie der bereits gewährte Lebensmittelfredit von 50.000 Dollar erst in 25 Jahren zurückzahlen wäre.

Rumänien.

Sicherheitsmaßnahmen gegen die Cholera. Das Sanitätsamt, dem zahlreiche Cholerafälle aus der Ukraine gemeldet wurden, ergriß strenge Vorbeugungsmaßnahmen und errichtete in einer Breite von 30 Kilometer längs des Danjber eine Sperrzone.

Ägypten.

Der Königstitel für den Sultan. Reuters meldet aus Kairo: In Übereinstimmung mit der neuen Verfassung, die Großbritannien Ägypten gewährt hat, hat der Sultan eine Bekanntmachung erlassen, wonach Ägypten ein unabhängiger souveräner Staat wird und der Sultan den Titel König von Ägypten annehmen wird.

Tann von Schölltenbach.

Ein Börsenroman von Barr. Runkel.

123) (Nachdruck verboten.)

„Seine Vorteile? Und wozu sollen die bestehen?“
„Nun, Herr Graf, sie sind wahrlich größer, als Sie vermuten. Er und seine Genossen sind zum Präsidenten und zu Direktoren der „Rotes-Felder-Gesellschaft“ gewählt worden, und zwar auf ein Jahr. Es ist ihr gesetzliches Recht, nicht nur das Geld von der Bank abzuholen, sondern auch Schuldscheine auf die Aktien auszugeben, die in Ihrem Besitz sind. Wenn Sie die Gesellschaftsstatuten lesen, so werden Sie sich davon überzeugen. Wenn Sie auch sämtliche Aktien der Gesellschaft in Ihrem Besitz haben, so können Sie die Direktion doch nicht zur Abdankung zwingen, und Sie können auch das Stimmrecht Ihres Aktienbesitzes nicht vor der nächsten Generalversammlung ausüben, die erst in ungefähr einem Jahr einberufen werden kann. Während dieser Zeit können Präsident und Direktoren, die mit großer Machtvollkommenheit ausgestattet sind — ich weiß es, denn ich habe die Statuten selbst entworfen, — bis dahin können diese Herren mit Ihrem Eigentum so ziemlich tun und lassen, was sie wollen, wenn wir nicht zu einer freundschaftlichen Verständigung kommen.“
„Ah, und wer droht jetzt, Herr Hahn?“
„Ich nicht, Herr Graf! Ich erkläre Ihnen nur in den deutlichsten Worten, die mir zu Gebote stehen, wie die Lage augenblicklich ist.“

„Ich bin Ihnen für diese deutliche Erklärung sehr zu Dank verpflichtet, Herr Hahn! Ich muß also annehmen, daß Sie mir die Dokumente nicht dalassen wollen?“
„Ich kann es nicht, solange Sie sich weigern, die Empfangsbescheinigung zu unterzeichnen!“
„Da ich mich ganz entschieden weigere, dies zu tun,“ sagte der Graf, „und auch keinerlei Beweismittel, die unglücklichen Waller betreffend verspüre, so gebe ich Ihnen hiermit die Papiere zurück. Sind Sie werden Herrn Schwarz sagen, daß der Preis für „Rotes Felder“ zehntausend Mark pro Stück beträgt, und wenn ich fünfzehnhundert

Marken zu verlangen habe, die Ihre Auftraggeber nicht beschaffen können, so nehme ich ganz gerne anstatt dessen einen Scheck über fünfzig Millionen Mark.“

„Herr Graf, Sie haben vorhin Unkenntnis in geschäftlichen Angelegenheiten vorgeschützt. Sie wollen diese Behauptung wohl jetzt beweisen? Sie können weder einen Preis von zehntausend Mark für die Aktien festsetzen noch können Sie eine solche unerhörte hohe Forderung durch das Gericht einbringen. Jedes Gericht würde sich in dieser Sache für meine Mandanten erklären!“

„Ich habe durchaus nicht die Absicht, Herr Hahn, einen Gerichtshof mit der Geschlichte zu beschäftigen. Ich bin zu dem Entschluß gekommen, überhaupt kein bares Geld von Ihren Mandanten anzunehmen. Sie haben mir die Stücke verkauft, und ich besteho darauf, daß diese Stücke mir ausgeliefert werden! Zufällig bin ich die einzige Person, die „Rotes Felder“ zu verkaufen hat, und ich fordere für jede einzelne Aktie zehntausend Mark. Ihre Auftraggeber werden sich gezwungen sehen, mich zu bitten, Ihnen die Papiere zu überlassen. In Wirklichkeit denke ich gar nicht daran, eine so hohe Summe zu verlangen. Ich weiß wohl, wenn ich auf diesem Preis bestände, würde nicht — auch kein Gericht der ganzen Welt — die betreffenden Herren vor dem Konturs reiten. Um ganz offen zu sein — denn ich bin nicht im Besitz der geistigen Fähigkeiten, die mich in den Stand setzen würden, mich mit so genialen Geschäftsteuten, wie ich vermute, daß Ihre Auftraggeber es sind, zu messen —, will ich Ihnen jetzt sagen, was ich vorabs. Ich werde den Preis der Aktien genau so hoch ansetzen, wie sie von den Herren an das Publikum verkauft worden sind, das heißt: zu tausend Mark pro Stück. Sie können sich doch gewiß nicht beklagen, wenn ich das tue, was sie selbst getan haben, nicht wahr? Und nun überlasse ich es Ihnen, Herr Hahn, als einem rechtlich denkenden Manne, dessen gerechtes Entrüstung über meine Forderung von zehntausend Mark sehr lobenswert war und außerordentlich zu seinen Gunsten spricht — ich überlasse es Ihnen, zu urteilen. Sind Sie nicht sehr erstaunt über meine Bescheidenheit?“

„Ich könnte das nicht gerade behaupten, Herr Graf!“

Tann hob die Schultern hoch und streckte die Hände vor. Es war eine Bewegung, die andeuten sollte, wie betäubt und enttäuscht er sei.

„Also anstatt mir zu danken —“ begann er und brach dann mit einem tiefen Seufzer den angefangenen Satz ab. „Wie ich Ihnen bereits mitgeteilt habe, sind meine Auftraggeber nicht für die Lieferung der fehlenden Aktien verantwortlich. Sie müssen sich an die Waller halten.“
„Das ist genau das, was ich nicht tun werde.“
„Dann wird man Ihre Klage abweisen.“

„Aber, verehrter Herr, habe ich Ihnen denn nicht gesagt, daß ich gar nicht daran denke, zu klagen? Wie alle anständigen Juristen hege ich einen wohlbegründeten Abscheu gegen Gerichtshöfe. Gerichtsverhandlungen sind eine solche Zeitverschwendung! Ich werde also gegen die Waller nicht klagen werden, und wenn Ihre Mandanten sich nicht schriftlich verpflichten, dies auch nicht zu tun, so werden die Aktien plötzlich steigen. Ich fühle so viel Sympathie mit Ihrer Mandanten liebevoller Rücksicht gegen die Waller, daß ich die Klage hege, diese zu schätzen, und ich bin überzeugt, Sie werden mir vorgeben, wenn ich meinen Zweifel darüber Ausdruck gebe, daß die Waller wirklich Ihre Instruktionen überschritten haben, wenn auch augenblicklich schwere Zeiten an der Börse sind.“

„Also“, sprach Herr Hahn, aufstehend und die Schriftstücke wieder in die innere Tasche seines Rockes steckend, „also das ist Ihr Ultimatum?“

„Ich bitte Sie, Herr Hahn, meinen armen stammelnden Bemerkungen nicht einen so schroff klingenden Namen zu geben! Ultimatum! Wieder Himmel, nein! Ich bin doch kein Souverän, sondern nur ein etwas weislich angelegter Mensch, der in seiner Einsicht dieses nicht kennt, was in dieser bösen Welt vorgeht. Ich hoffe, Sie werden mich dem tugendhaften Herrn Schwarz nicht als harten, freisinnigen Charakter hinstellen. Sagen Sie ihm nur, daß es kaum einen Menschen auf der Welt gibt, der so leicht mit sich handeln läßt wie ich!“

(Fortsetzung folgt.)